



CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt
Wuppertal



Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN im Rat
der Stadt Wuppertal



Fraktion der
LINKSPARTEI.PDS
im Rat der Stadt Wuppertal

*An den Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal
Herrn Peter Jung
Johannes-Rau-Platz 1
42269 Wuppertal*

Gemeinsamer Antrag

Datum 09.02.2007

Drucks. Nr. VO/0144/07
öffentlich

Zur Sitzung am
12.02.2007

Gremium
Rat der Stadt Wuppertal

Resolution Landespersonalvertretungsgesetz Antrag zur Tagesordnung Tagesordnungspunkt 4.7

Resolution Landespersonalvertretungsgesetz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Landesregierung beabsichtigt, das Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG NRW) deutlich abzuschwächen. So sollen Mitbestimmungsrechte bei Umsetzungen, befristeten Arbeitsverhältnissen, Kündigungen sowie bei Privatisierungen und Technikeinsatz fallen bzw. drastisch eingeschränkt werden. Daneben soll ein Personaleinsatzmanagement (PEM) eingeführt werden, mit dem Beschäftigte der Landesdienststellen ohne Mitbestimmung des Personalrates versetzt werden sollen, um einen landesweiten flexiblen Personaleinsatz zu gewährleisten und Personalabbau zu fördern.

Der Rat der Stadt Wuppertal möge daher beschließen:

Resolution

an die Landesregierung NRW:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die gleichberechtigte Mitbestimmung von Unternehmen und Arbeitnehmern bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung war und ist Grundlage für Erfolg und

Geschlossenheit unseres Landes. Sie wurde folgerichtig in die NRW-Landesverfassung aufgenommen. Mitbestimmung auf Augenhöhe bei der Umsetzung zukunftssträchtiger Reformvorhaben und der Demokratisierung des Wirtschaftslebens, darauf zielten die einstimmigen Beschlüsse von CDU, SPD und FDP bei der Neufassung des Landespersonalvertretungsgesetzes 1974 ab.

Mit verantwortlichem Handeln stellen Personalräte in öffentlichen Verwaltungen auch heute sicher, dass die unterschiedlichsten Interessen von Arbeitnehmern zu gemeinsamen Positionen zusammengeführt und in Entscheidungsprozesse von Politik und Verwaltung einbezogen werden. Personalräte genießen das Vertrauen der Belegschaft und sind deshalb die ersten Ansprechpartner der Beschäftigten. Sie sorgen für den sozialen Frieden in den Verwaltungen, machen oft aufgrund ihrer fachlichen Detailkenntnisse frühzeitig auf Fehlentwicklungen aufmerksam und tragen so zum Wohl der Dienststellen bei.

Richtig ist, dass das LPVG einer Weiterentwicklung bedarf. Der Rat der Stadt Wuppertal setzt sich deshalb für Mitbestimmungsrechte der Personalvertretungen bei fortschreitenden Organisationsänderungen und Umstrukturierungsprozessen des Öffentlichen Dienstes im Sinne einer prozesshaften Begleitung durch Personalräte ein.

Mit der Tarifreform im Öffentlichen Dienst wurde den Personalvertretungen mehr Verantwortung in tarifpolitischen Fragen (z. B. Leistungsvergütung, Arbeitszeitflexibilisierung und Qualifizierung) übertragen. Nur starke und qualifizierte Personalräte können diese Themen im Sinne einer modernen und dienstleistungsorientierten Verwaltung platzieren und gemeinsam mit den Verwaltungsspitzen weiter bewegen.

Wir fordern Sie als Ministerpräsidenten dieses Landes auf, sich für den Erhalt der betrieblichen Demokratie im Öffentlichen Dienst und der damit verbundenen Mitbestimmungsrechte einzusetzen. Dazu bedarf es eines konstruktiven Dialogs mit den Gewerkschaften und den Interessenvertretungen der Beschäftigten. Dieser ist aus unserer Sicht nicht hinreichend geführt worden. Ein neues Personalvertretungsrecht wird nur dann tragfähig sein, wenn es nicht im Konflikt gegen Interessenvertretungen und Beschäftigte verändert, sondern gemeinsam mit den Akteuren weiter entwickelt wird.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Bernhard Simon
Fraktionsvorsitzender

gez.
Klaus Jürgen Reese
Fraktionsvorsitzender

gez.
Gerta Siller
Fraktionssprecherin

gez.
Peter Vorsteher
Fraktionssprecher

gez.
Gerd-Peter Zielezinski
Fraktionsvorsitzender